

---

Rudolf Hickel

## **Die Währungsunion: Sozial-ökonomisch schädlicher Einstieg in die Sanierung der DDR-Wirtschaft**

---

*Prof. Dr. Rudolf Hickel, geb. 1942 in Nürnberg, Studium der Volkswirtschaftslehre in Berlin und Tübingen, lehrt seit 1973 Politische Ökonomie an der Universität Bremen.*

---

### **1. Währungsvereinigung sofort: DM-Illusionen statt aktiver Umgestaltung Riskantes währungspolitisches Neuland**

Alle Konzepte, die sich jenseits akademischer Modellbasterei und national-pathetischer politischer Intentionen der Aufgabe stellen, die DDR-Wirtschaft auf einen Pfad hochwertigen Wirtschaftens zu lenken, müssen von der ökonomischen, ökologischen und sozialen Rückständigkeit der Wirtschaft in der DDR ausgehen. Es gibt bisher keine nutzbaren historischen Erfahrungen über einen vergleichsweise schnellen und grundlegenden Umbau einer Volkswirtschaft. Die Vergleiche mit dem Start der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg lassen sich wegen der völlig unterschiedlichen historischen Bedingungen sinnvollerweise nicht anstellen. Dieser Umbau erfolgt unter dem wachsenden Druck der Übersiedlung. Die mittlerweile ausschließlich durch das deutsch-deutsche Wirtschaftsgefälle erzeugte Wanderungsbewegung aus der DDR bewirkt einen zeitlichen Lösungsdruck, der eine rationale Umbaustrategie kaum noch zuzulassen scheint.

Der Forderung nach der sofortigen Verwirklichung einer deutsch-deutschen Währungsvereinigung, auf deren Basis dann erst die Wirtschaftsintegration beschleunigt werden soll, läßt ökonomische Vernunft vermissen. Mit der Schaffung dieser Währungsunion verbindet sich die Hoffnung, die DM könnte als neue Währung im Gebiet der bisherigen DDR eine entscheidende Vertrauensgrundlage für das dortige Wirtschaften herstellen. Unbestreitbar stellt die Akzeptanz einer stabilen Währung eine wesentliche ordnungspolitische Rahmenbedingung dar. Durch die *vorrangige* Einführung der Währungsunion zeichnen sich jedoch jetzt schon vermeidbare, sozial-ökonomische Fehlentwicklungen ab.

Die Herstellung der Währungsunion heißt, daß die DDR-Mark durch die D-Mark ersetzt wird. Damit verliert die DDR nicht nur ihre währungs-, sondern weit darüber hinaus auch ihre finanz- und wirtschaftspolitische Souveränität. Die Diskussion, wie gegenüber dem bisher offiziellen Wechselkurs von 1:1 (beziehungsweise dem Schwarzkurs 1°D-Mark : 10°DDR-Mark) ein dem industriellen Gefälle entsprechender Wechselkurs zu definieren ist, wird hinfällig.

Der Wechselkurs als Puffer zwischen dem industriellen Gefalle der beiden dann noch selbständigen Wirtschaftsräume, verliert seine Funktion. Der internationale Konkurrenzdruck schlägt voll auf die DDR-Wirtschaft durch. Der damit entstehende Anpassungsdruck läßt einen sozial flankierten Umbau der Wirtschaft kaum zu.

### **Umtausch am Tag X und die Folgen**

Wird die Ost- durch die West-Mark ersetzt, dann reduziert sich die Frage der Wechselkurse auf die Festlegung eines einmaligen Umtauschsatzes für das bisherige Bargeld sowie die Geldvermögensanlagen am Tag<sup>o</sup>X. Nach diesem Tag werden dann die künftigen Unternehmensrechnungen sowie die Einkommenszahlungen auf der Basis von Arbeit und Eigentum und die Sozialeinkommen in D-Mark geleistet. Auf zwei Ebenen müssen deshalb die Folgen der Währungsunion untersucht werden:

1. Für die bisherigen Geldvermögensbesitzer ist die Frage entscheidend, in welchem Umfang die bisherigen Ost-Mark-Bestände in D-Mark umgetauscht werden. Das Volumen des gesamten Geldvermögens betrug 1988 zirka 180<sup>o</sup>Milliarden Ost-Mark. Vorstellbar wäre, daß das Bargeld in den Händen der privaten Haushalte (zirka 16<sup>o</sup>Milliarden Ost-Mark 1988) über die Umtauschrelation 1:1 in D-Mark eingetauscht wird. Bei den Sparguthaben von zirka 152<sup>o</sup>Milliarden Ost-Mark sollte unter dem Regime einer Währungsunion ebenfalls ein Umtausch von 1:1 realisiert werden. Die Pläne, lediglich einen Sockelbetrag von etwa 1000<sup>o</sup>Ost-Mark in D-Mark, höhere Beträge jedoch stufenweise zu immer ungünstigeren Relationen umzutauschen, sind abzulehnen, weil es sich bei diesen Geldvermögen vorwiegend um ein „Zwangssparen“ wegen unzureichender Konsumtionsmöglichkeiten handelt. Es wäre sozial unverantwortlich, hier eine Entwertung im Rahmen eines Währungsschnitts vorzunehmen. Beim Umtausch des gesamten DDR-Geldvermögens im Verhältnis 1:1 würde die in der Bundesrepublik in Umlauf befindliche und auf Sparguthaben festliegende Geldmenge (bei den Nichtbanken: Bargeld, Sichteinlagen, Termineinlagen und Sparkonten unter gesetzlichen Bedingungen) um zirka 15<sup>o</sup>Prozent ausgeweitet. Die sich möglicherweise bei vollem Umtausch ergebende inflationäre Entwicklung der D-Mark könnte jedoch abgeschwächt werden: Zum einen könnte den bisherigen Besitzern von Geldvermögen der Kauf von Anteilen am bisherigen Staats-eigentum (Grundeigentum, Immobilien, Industriebeteiligungen an einer Unternehmens-Holding DDR) sowie staatlicher Finanzierungspapiere angeboten werden. Die dadurch erzielten D-Mark-Beträge ließen sich bei der Staatsbank der DDR stilllegen und damit dem volkswirtschaftlichen Kreislauf entziehen. Weiterhin könnte - vergleichbar dem Sparbuch mit gesetzlicher Kündigungsfrist - eine zeitlich abgestufte Abhebungsmöglichkeit vorgesehen werden. Schließlich müßte durch die Sicherung eines qualifizierten Konsum-wareangebots auch die Möglichkeit, diese D-Mark-Beträge „vor Ort“ ausgeben zu können, gewährleistet werden. Die Währungsunion kann also nur gelingen, wenn sich gleichzeitig das Güter- und Dienstleistungsangebot ausweitet.

Die mit dem unverzüglichen Umtausch des Geldvermögens in DM-Werte verbundenen Folgeprobleme machen das Dilemma einer Währungsunion sichtbar. Nur wenn die gleichzeitige Verbesserung der Versorgung sowie eine sozial gerechte Privatisierung eines Teils des bisherigen Staatsvermögens gesichert wird, lassen sich die Inflationsprobleme beziehungsweise die Gefahr eines erneuten Geldüberhanges einigermaßen vermeiden. Werden diese Maßnahmen jedoch nicht unverzüglich eingeleitet, dann droht die Gefahr, daß die DM-Kaufkraft durch Einkaufsreisen von DDR-Bürgern oder gar als Startkapital für weitere Übersiedlungen in die BRD gelenkt wird.

Würde das in D-Mark umgetauschte DDR-Geldvermögen im vollen Umfang in die BRD zurückfließen, dann würden durch die Ausweitung der hiesigen Geldmenge um über 15°Prozent inflationäre Gefahren drohen. Ohnehin stößt die dringende Nachfrage nach Investitionsgütern zum Umbau der DDR auf Kapazitätsengpässe in der bundesdeutschen Wirtschaft. Damit ist ein Anziehen der Inflationsrate wahrscheinlich. Wenn dann die Deutsche Bundesbank wegen der starken Abweichung der Geldversorgung von ihrem bundesrepublikanischen Ziel einer Ausweitung der Geldmenge (geplant ist eine Ausweitung in 1990 um 4 bis 6°Prozent) zu restriktiven Maßnahmen greifen sollte, dann würde sogar eine Rezessionskrise drohen. Die Folge in der ohnehin schwierigen Phase des ökonomischen Zusammenwachsens beider Volkswirtschaften wäre eine Rezession mit ansteigender Arbeitslosigkeit. Steigende Zinsen würden infolge der restriktiven Geldpolitik die Nutzung privater und öffentlicher Kredite für die der DDR zusätzlich verteuern. Hier zeigt sich, daß im Rahmen eines Stufenplans ein inflationsfreier Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion gefunden werden muß.

2. Neben der Umwandlung des bisherigen Geldvermögensbestands in der DDR in D-Mark müssen im Rahmen der Schaffung einer Währungsunion auch die künftigen Einkommenszahlungen und Kostenrechnungen auf D-Mark umgestellt werden. Durch die D-Mark-Umrechnung wird das Problem der in der DDR um etwa 50°Prozent niedrigeren Produktivität rechnerisch offengelegt. Darüber hinaus schlagen sich die massiven Produktivitätsrückstände auch in entsprechend niedrigeren Lohneinkünften und Sozialeinkommen (etwa für Rentner) nieder. Die Schaffung einer Währungsunion ohne eine vorangestellte aktive Politik der wirtschaftlichen Sanierung der DDR ist deshalb mit erheblichen Risiken verbunden:

- Solange dem Bezug von Löhnen und Sozialeinkommen „vor Ort“ kein quantitativ und qualitativ ausreichendes Angebot an Konsumgütern und Dienstleistungen gegenübersteht, verschlechtert sich die Lage weiter. Die DM-Kaufkraft konzentriert sich auf die Bundesrepublik. Ein entscheidender Grund für die Übersiedlung, nämlich die Lohneinkünfte nicht konsumtiv zufriedenstellend nutzen zu können, würde sich verstärken. Durch die Einführung der D-Mark als Rechnungs- und Zahlungseinheit wird auf der anderen Seite aber auch das Angebot an Waren aus der Bundesrepublik und aus dem Ausland deutlich wachsen. Die vergleichsweise geringen

Löhne und das bisherige System der Preissubventionen können jedoch zu Absatzproblemen für diese importierten Waren führen. Auch hier wird deutlich, daß Zeit gewonnen werden muß, um die reale Kaufkraftfähigkeit der Lohn- und Sozialeinkommen in der DDR zu steigern. Einkommenspolitik und gleichzeitige Anpassung des Preissystems können nicht unabhängig von der schrittweisen Steigerung der Produktivität vollzogen werden.

- Die Auszahlung der Löhne in D-Mark offenbart endgültig das große Lohngefälle. Das durchschnittliche Monatseinkommen eines Arbeitnehmers in der DDR liegt auf der Basis einer Umrechnung von 1:1 bei 1100°DM, während es in der BRD mit 3°300°DM dreimal so hoch ausfällt. Kommt es in absehbarer Zeit nicht zum Abbau dieses Lohngefälles, dann ist es -durchaus auch im Sinne der neoklassischen Entscheidungslogik - rational, in die Bundesrepublik überzusiedeln. Die Währungsunion verstärkt somit im Widerspruch zur Zielsetzung der Bundesregierung das Motiv zur Übersiedlung in das produktivitätsbedingte „Hochlohnland“ Bundesrepublik, auch wenn das Anschwellen der Abwanderungsbewegung wiederum den Druck erhöht, relativ schnell die Löhne in der DDR zu erhöhen. Daraus ergibt sich das Dilemma, daß die dazu notwendigen Lohnsteigerungen zumindest kurzfristig nicht durch eine entsprechende Steigerung der Produktivität gedeckt werden können. Würden allerdings die Lohnsätze stärker steigen als die Produktivität, dann wäre ein weiterer Verlust der internationalen Konkurrenzfähigkeit der DDR vorprogrammiert. Die Exportchancen müßten sinken; der Zufluß ausländischen Kapitals nähme ab. Schließlich ist bei den Arbeitnehmern trotz des Anstiegs der Nominallöhne ein Reallohnverlust wahrscheinlich.

Werden die bisherigen Preissubventionen in Höhe von ungefähr 50°Milliarden Ost-Mark ohne Ausgleichsmaßnahmen abgebaut, dann sind zwei Entwicklungen vorstellbar: Entweder müssen Reallohnverluste hingenommen werden - auch das würde das Motiv, in die Bundesrepublik überzusiedeln, steigern — oder aber es kommt bei den Lohnerhöhungen zu einem sich aufschaukelnden Wettlauf zwischen der Angleichung des Nominallohngefälles gegenüber der Bundesrepublik und dem Ausgleich der Reallohnverluste infolge des Abbaus der bisherigen Preissubventionen. Durch die unmittelbare Einführung der Währungsunion würde die Lohnpolitik unter den Druck einer gefährlichen Verselbständigung geraten, die den notwendigen produktivitätssteigernden Umbau der Wirtschaft behindert.

Die Einsicht, daß die Lohnerhöhungen zum Ausgleich des Gefälles gegenüber der Bundesrepublik sowie der Kaufkraftverluste infolge des Abbaus der Preissubventionen zu schwerwiegenden Entwicklungsproblemen in der DDR führen können, legt den Gedanken nahe, das Lohngefälle zumindest vorübergehend über einen Finanzausgleich durch die öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik auszugleichen. Um den durchschnittlichen Lohnabstand nach Abzug der öffentlichen Abgaben von derzeit circa 1300 DM im Monat für etwa

9,5°Millionen Erwerbstätige in der DDR auszugleichen, ergäbe sich allein für einen Monat ein Finanzbedarf von circa 12°Milliarden DM. Über das Jahr gerechnet müßten 144°Milliarden DM aufgebracht werden. Eine derartige Globalfinanzierung des Lohnausgleichs durch die Bundesrepublik ist ökonomisch nicht sinnvoll und fiskalisch nicht machbar. Zudem würde die dringend erforderliche Koppelung der Lohnentwicklung an die Verbesserung der Produktivität der DDR-Wirtschaft völlig verdeckt, und die Mittel zur Finanzierung des Umbaus der Wirtschaft sowie der Infrastruktur würden unzulässig eingeschränkt. Schließlich wäre es zweifelhaft, ob trotz dieses Lohnausgleichs die Übersiedlung gestoppt würde, wenn nicht gleichzeitig auch ein hochwertiges Konsumgüterangebot garantiert werden könnte. Diese Kritik an Plänen zu einem Globalausgleich des Lohngefälles schließt jedoch nicht die Notwendigkeit aus, gezielte Lohnzuschüsse aus öffentlichen Mitteln der Bundesrepublik zu finanzieren, wenn dadurch der Aufbau des Mittelstands gefördert und in Schlüsselbranchen die Beschäftigungslage verbessert werden kann.

Durch eine Übernahme der D-Mark wird, dem Lohngefälle vergleichbar, auch das niedrige Niveau der Sozialeinkommen, das Rentner beziehen, sichtbar. Eine Anhebung der Renten drängt sich nicht nur wegen dieses Gefälles, sondern auch infolge der Kaufkraftverluste durch den Abbau der Preissubventionen auf. Als wichtigster Reformschritt müssen die Sozialeinkommen mittelfristig an die Nettolohnentwicklung gekoppelt werden. Durch diese Dynamisierung würde eine Teilhabe an den Lohnerhöhungen im Ausmaß der Produktivitätssteigerung und des Preisausgleichs gesichert. Zugleich muß ein System der Arbeitslosenversicherung aufgebaut werden, weil die notwendige Umstrukturierung der Wirtschaft unter dem Druck der internationalen Konkurrenz die bisher verdeckte Arbeitslosigkeit sichtbar machen, und die Zahl der Arbeitslosen in Folge unvermeidbarer Betriebstillegungen massiv ansteigen wird. Erste Schätzungen zur beschäftigungsspezifischen Wirkung der DDR-Sanierung gehen von einem Anstieg der Zahl der Arbeitslosen auf 1,5 – 2,5°Millionen aus. Deren Finanzierung muß für eine Übergangsphase von der Arbeitslosenversicherung der Bundesrepublik übernommen werden. Das ist der Preis, der für den Abbau des ökonomischen Gefälles und damit die Wirtschaftsannäherung aufzubringen ist.

### **Erstes Fazit**

Auf dem entwicklungsrelevanten Gebiet der Lohnpolitik wird deutlich, daß die schnelle Einführung der Währungsunion und damit die Umstellung von Ost- auf West-Mark dringend erforderliche Anpassungsprozesse erschwert und zusätzliche Risiken hervorruft. Der Spielraum der Einkommensverteilung wird durch den produktivitätssteigernden Umbau der Wirtschaft und den Aufbau von sozial-ökologischen Infrastrukturmaßnahmen bestimmt. Deshalb kommt es darauf an, diese Umbaumaßnahmen aus der Bundesrepublik durch die schnelle Lieferung von Gütern und Dienstleistungen zu unterstützen. Im Mittelpunkt stehen hier technologisch hochwertige Investitionsgüter, deren Zulieferung finanziell durch die öffentlichen Haushalte gesichert

werden muß. Eine solide Basis für eine Politik der Lohnausweitung und – vermittelt über die öffentlichen Haushalte - der indirekten Sozialeinkommenssicherung kann auf Dauer nur durch eine Verbesserung der sozial-ökologisch kontrollierten Produktionsbedingungen geschaffen werden. Während also der direkte und indirekte Einkommensbezug auf Dauer an die Entwicklung des Produktionsergebnisse gebunden werden muß, wächst durch den Ausbau der Produktion gleichzeitig auch die Gütermenge, die auf den eigenen Märkten angeboten werden kann. Soweit daraus Warenlieferungen in andere Regionen beziehungsweise ins Ausland bestritten werden können, erweitert sich der Spielraum für Importe von Gütern und Dienstleistungen in den Wirtschaftsraum der bisherigen DDR. Ein derartiges, über dieses Wirtschaftsgebiet hinaus agierendes Regionalmodell kann durchaus einen sozial-ökologisch kontrollierten Wirtschaftsaufschwung auslösen. Ein sofortiger Einstieg über die Währungsunion verhüllt jedoch die Reformaufgaben im Produktions-, Verteilungs- und Produktionssystem durch einen DM-„Geldschleier“.

### **Aktive Sanierungspolitik statt Hoffen auf die „stumme Gewalt“ der D-Mark**

Eine Währungsunion kann angesichts des starken ökonomischen Gefälles sowie des dringenden Um- und Ausbaubedarfs kaum einen geordneten Prozeß in Richtung Stärkung des Wirtschaftsraums DDR bewirken; sie erhöht stattdessen den Zeitdruck. Die Risiken unkontrollierter Kostenexplosionen sind hoch. Selbst wenn am Ende eine volle politische und wirtschaftliche Integration gewollt wird, so müßte anstatt der sofortigen Währungsunion ein alternativer Entwicklungspfad mit den folgenden Elementen eingeschlagen werden:

- Einführung von Marktelementen bei gleichzeitiger Sicherung einer politisch legitimierten, starken Regulierung, um den sozialen und ökologischen Umbau zu steuern und ökonomische Machtkonzentration zu verhindern;
- Schaffung gesetzlich streng regulierter Finanzierungsinstitutionen (zweistufiges Bankensystem);
- Abbau des bisherigen Systems der Preissubventionierung bei zeitgleicher Sicherstellung sozialer Ausgleichsmaßnahmen;
- produktivitätsstärkende Maßnahmen im Unternehmensbereich durch schnelle Zurverfügungstellung von hochwertigen Investitionsgütern und Umwelttechnologien in Form „vorfinanzierter“ Realtransfers aus der Bundesrepublik und dem Ausland;
- öffentliche Hilfe aus der Bundesrepublik beim Aufbau eines Warendistributionssystems, um mit den Einkommen „vor Ort“ möglichst schnell einen Zugang zum Angebot von Gütern und Dienstleistungen zu schaffen sowie eine
- bundesrepublikanische Vorfinanzierung des Ausbaus der öffentlichen Infrastruktur (Umwelt, Verkehrssystem und Kommunikation) und eines Starthilfeprogramms für kleine und mittlere Betriebe.

Währungspolitische Optionen müssen danach beurteilt werden, inwieweit sie geeignet sind, diese Aufgaben des Wirtschaftsumbaus zu unterstützen. Auch unter dem Ziel einer politischen und wirtschaftlichen Integration gibt es

keinen Grund für die sofortige Schaffung einer Währungsvereinigung. Ein den bundesrepublikanischen Verhältnissen vergleichbares Entwicklungsniveau kann nach seriösen Berechnungen in der DDR unter günstigen Bedingungen erst nach fünf bis zehn Jahren erreicht werden. Zumindest für die erste Phase des Umbaus sollte deshalb der bisherige Wirtschaftsraum der DDR nicht den währungspolitischen Bedingungen der Bundesrepublik untergeordnet werden. Vorstellbar wäre die Fixierung eines Wechselkurses, der jedoch durch die Deutsche Bundesbank garantiert werden muß. Realistisch scheint derzeit ein Wechselkurs von 1:3, der dazu beitragen könnte, das starke Wirtschaftsgefälle abzufedern. Gegenüber dem bisher offiziellen Umtauschkurs von 1:1 würden damit Exporterlöse erzielbar. Der Importdruck auf die Binnenwirtschaft ließe sich durch diesen Wechselkurs in der Anlaufphase reduzieren. Eine schrittweise Zurückführung dieses Wechselkurses muß an den Abbau des Produktivitätsgefälles gekoppelt werden, erst danach sind die realwirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben, eine gemeinsame Währung für die beiden Wirtschaftsräume einzuführen. Gegenüber diesem Stufenplan, an dessen Ende die Wirtschafte- und Währungsvereinigung stehen kann, trifft auch der Einwand nicht zu, der Zeitdruck verlange eine sofortige Währungsunion. Zum einen kann eine durch die Bundesrepublik garantierte Wechselkursstabilität bei voller Währungskonvertibilität das dringend erforderliche Vertrauen in die Währung herstellen. Zum anderen vermag die sofortige Einführung der D-Mark als Währung in der DDR die realwirtschaftlichen Entwicklungsprobleme nicht zu lösen, stattdessen würde wegen des sichtbaren Lohngefälles der Übersiedlungsdruck sogar weiter steigen und unkontrollierte Anpassungsreaktionen würden die Gefahr einer Kostenexplosion verstärken. Das Modell der schrittweisen Sanierung der DDR-Wirtschaft öffnet gegenüber der sofortigen Übernahme der D-Mark auch einen politischen Gestaltungsspielraum, der genutzt werden kann, um die DDR-Bevölkerung und ihre politischen Instanzen an der Gestaltung zu beteiligen.

## **2. Sanierungskosten der DDR-Wirtschaft und ihre Finanzierung**

### **Allgemeines „Notopfer“ - untauglich**

Die sofortige Einführung der Währungsunion wird—diese These ist hier entwickelt worden - zu einer unkontrollierbaren Kostenexplosion und vermeidbaren entwicklungshinderlichen Anpassungsreaktionen führen. Die DDR würde unmittelbar einem internationalen Konkurrenzdruck ausgesetzt, der Lohnerhöhungen ohne Produktivitätsanstieg nicht zuließe. Die Folge wäre ein rascher Anstieg der Arbeitslosigkeit, die wiederum zu Forderungen nach einem bundesrepublikanischen Finanzausgleich führen müßte. Vor allem aber würde eine weitere Abwanderung nicht verhindert. Erforderlich ist daher ein geordnetes Verfahren, das einerseits eine produktionswirtschaftliche Umbauperspektive sowie deren währungspolitische Flankierung festlegt und andererseits Zeit schafft, um diesen Prozeß abzufedern. Dazu bedarf es der Hilfe von außen, weil die Wirtschaft der DDR nicht in der Lage ist, die

Kosten einer schrittweisen Sanierung aus eigener Kraft aufzubringen. Dabei ist es wichtig, die Finanzierungsfrage nicht auf den einseitigen Fluß von Geldströmen zu reduzieren, denn die Zurverfügungstellung von Finanzmasse dient der Aufgabe, damit dringend benötigte Güter- und Dienstleistungslieferung aus der Bundesrepublik und dem Ausland bezahlen zu können. Der Finanztransfer ist also nur insoweit gerechtfertigt als damit auch ein Realtransfer verbunden ist.

### **Felder der Finanzierung**

Die Finanzierung dieser Realtransfers konzentriert sich auf die Felder:

- Umbau und Sanierung der bisherigen Produktionsstätten durch den Einsatz produktivitätssteigernder hochwertiger Anlageinvestitionen sowie von Umwelttechnologien;
- öffentliche Infrastrukturmaßnahmen in den Bereichen Verkehrssysteme, Umweltsanierung (vor allem Abbau von Altlasten), Aufbau umweltverträglicher Energiesysteme sowie der Kommunikation;
- Starthilfen zum Aufbau kleiner und mittlerer Betriebe nach dem Muster der bisher schon angebotenen zinsverbilligten Kreditvergabe und durch Lohnkostenzuschüsse sowie auf die
- Finanzierung von Einkommenstransfers im Rahmen des Ausbaus der Arbeitslosenversicherung und der Angleichung der Renten.

Soweit in der Übergangsphase ein Wechselkurs politisch fixiert und garantiert wird, muß die Deutsche Bundesbank mit Hilfe von Stützungskäufen eingreifen. Diese Aktivitäten können aus den Devisenfonds der Bundesbank finanziert werden und belasten nicht unmittelbar die öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik. Einer drohenden Abwertung der Ost-Mark muß die Bundesbank in Absprache mit der Staatsbank der DDR durch eine verstärkte Nachfrage nach Ost-Mark und einem verringerten Angebot an West-Mark entgegenwirken. Die Sicherung der Preisstabilität muß dabei ebenfalls berücksichtigt werden.

Die Schätzungen über den Finanzierungsbedarf dieser Sanierung auf den hier genannten Feldern belaufen sich auf weit über eine Billion Mark. Allerdings scheint eine Anfangsfinanzierung von etwa 500 Milliarden DM auszureichen, die dann auch auf der Basis sich verändernder ökonomischer Entwicklungsbedingungen fortgeschrieben beziehungsweise korrigiert werden könnte. Um hier eine geordnete Finanzierung zu sichern, muß berücksichtigt werden,

- daß es sich im Prinzip um eine „Vorfinanzierung“ handelt, daß also der Finanzierungsbedarf im Zuge der wirtschaftlichen Sanierung schrumpft und daß die vorab aufgebrauchten Mittel allmählich wieder an die Geldgeber zurückfließen. Allerdings wird hier Mut zur Finanzierung mit langen Fristen verlangt. Dabei ist ein historischer Vergleich mit der Bundesrepublik zulässig. Die Finanzierung des Aufbaus der bundesrepublikanischen Wirtschaft nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, die erheblich mehr Mittel verschlungen hat, ist bis heute nicht endgültig abgewickelt;



- und es muß berücksichtigt werden, daß Realtransfers finanziert werden sollen, also der Einsatz hochwertiger Güter im privat wirtschaftlichen und öffentlichen Bereich. Einkommenstransfers sind lediglich für den Übergang vorgesehen, um soziale Härten abzufedern und den Zugang zur Konsumtion zu verbessern.

### **Wer soll das bezahlen?**

Die Debatte um diese Vorfinanzierung muß in der Bundesrepublik auf die Beantwortung der Frage gelenkt werden, von wem diese Mittel aufgebracht werden sollen. Forderungen nach einem allgemeinen „Notopfer“ oder aber einem Verzicht auf Tariflohnerhöhungen zielen in die falsche Richtung. Sie tragen eher zur Schaffung eines irrationalen Klimas bei. Die Aufbringung dieser Finanzmittel stellt eine über den Staat zu organisierende „Solidarleistung“ dar. Eine Finanzierung über Lohnzuwachsverzichte widerspricht zum einen diesem Prinzip der „Solidarleistung“ für diese Gemeinschaftsaufgabe; zum anderen wäre sie verteilungspolitisch angesichts des Tiefstands der Lohnquote und des anhaltend hohen Wirtschaftswachstums völlig unakzeptabel. Die Verteilung der Finanzierungslasten muß an den bisherigen Einkommens- und Besitzverhältnissen sowie den öffentlichen Ausgaben- und Einnahmenströmen ansetzen.

Ein Teil der Finanzierung der Güter- und Dienstleistungstransfers in den Wirtschaftsraum der DDR wird ohnehin nicht über die Haushalte der Gebietskörperschaften laufen. Soweit sich bundesdeutsche, aber auch ausländische Unternehmen an den bisherigen Produktionsstätten in Form von Gemeinschaftsunternehmen („joint ventures“) beziehungsweise am Aufbau neuer Produktionsstätten beteiligen, wird der Großteil der Finanzierungsaufwendungen wie bei anderen Auslandsinvestitionen auch im Rahmen ihrer normalen Unternehmenspolitik (Kreditaufnahme, Kapitalerhöhung, Nutzung eigener Finanzierungsmittel) bestritten.

Für den Bereich der öffentlichen Vorfinanzierung der ökonomischen Sanierung der DDR sind eigenständige Quellen politisch festzulegen. Damit wird der Forderung, diese Aufgaben im Rahmen eines Finanzausgleichs im erweiterten föderalen Bundesstaat aufzubringen, nachhaltig widersprochen. Zum einen passen die Aufbringungs- und Verteilungskriterien des bisherigen horizontalen und vertikalen Finanzausgleichs nicht auf dieses Aufgabenprofil. Zum anderen gerieten die derzeit schon notleidenden Nehmer-Bundesländer sowie die Stadtstaaten weiter ins Hintertreffen. Schließlich wird durch eine gezielte Finanzierung deutlich, daß dazu eigenständige Entscheidungs- und Kontrollgremien, die die Interessen der Bevölkerung im Wirtschaftsgebiet der DDR berücksichtigen, eingerichtet werden müssen.

Es muß ein verträglicher Finanzierungsmix gefunden werden. Geboten sind weder eine alleinige öffentliche Kreditfinanzierung, etwa durch den Bundesfinanzminister, noch allem eine Erhöhung der öffentlichen Abgaben. Erst eine Mischung der Finanzierungsinstrumente kann einerseits die Belastung für

den jeweiligen Bereich und andererseits die Auswirkungen auf die Geldwertstabilität gleichrangig berücksichtigen.

### **Bündel von Finanzierungsinstrumenten**

Auf der Basis dieser Grundsätze lassen sich die folgenden Finanzierungsinstrumente vorschlagen:

- Mit der Auflage einer langfristigen DM-Anleihe (von etwa 100°Milliarden DM) im In- und Ausland wird der Vorfinanzierungscharakter der DDR-Sanierung betont. Die Kurspflege wird durch das Bundesfinanzministerium wahrgenommen. Die jährlichen Zinszahlungen übernimmt in der Anfangsphase der Bundeshaushalt (bei 8°Prozent wären das pro Jahr 8°Milliarden DM). Die Tilgung dieser Anleihe sollte erst nach zehn Jahren einsetzen;
- die Bundesbankgewinne, deren Höhe jeweils vom Bilanzabschluß der Deutschen Bundesbank abhängt, sollen künftig zu 60°Prozent einem Fonds zur Finanzierung der DDR-Sanierung zugeführt werden;
- die Verringerung der Ausgaben im Rahmen des Verteidigungs- beziehungsweise Rüstungshaushalts um 10°Milliarden DM und deren Nutzung für die DDR;
- eine zeitlich streng begrenzte Anleihe mit Zeichnungspflicht (Zwangsanleihe), die am unternehmerischen Produktivvermögen in der Bundesrepublik ansetzt. Aus den daraus finanzierten Sanierungskosten für den Unternehmensbereich sowie zur Verbesserung der Infrastruktur in der DDR wird der Unternehmenssektor der Bundesrepublik erheblichen ökonomischen Nutzen ziehen, deshalb muß auch auf die geplante neue Stufe der Senkung von Unternehmensteuern um zirka 30°Milliarden DM vollständig verzichtet werden, zumal die unternehmerischen Steuerleistungen im internationalen Vergleich zu keiner prinzipiellen Benachteiligung der Wettbewerbssituation der bundesdeutschen Wirtschaft führen;
- die Einführung einer zeitlich streng begrenzten Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 60 000 DM/120°000 DM (ledig/verheiratet) sowie generell zur Körperschaftsteuer. Demgegenüber wird die Erhöhung der Mehrwertsteuer abgelehnt, weil dadurch inflationäre Gefahren als Folge der hohen Kapazitätsauslastung verstärkt und Rückwirkungen auf die Tarifverhandlungen ausgelöst werden würden;
- die öffentliche Kreditaufnahme sollte nur in dem Maße eingesetzt werden, wie inflationäre Folgen sowie zinssteigernde Belastungen der Kapitalmärkte vermieden werden können. Dabei müßte die zusätzliche Nettokreditaufnahme mit der Geldpolitik der Deutschen Bundesbank koordiniert werden.

Entscheidend ist, daß derartige Rahmenpläne zur Vor-Finanzierung der Sanierung der DDR-Wirtschaft ideologiefrei diskutiert werden, weil sich nur so eine rationale Basis in der finanzpolitischen Diskussion zurückgewinnen läßt und die zum Teil aus Unsicherheit resultierenden Ängste verringert und das politische Klima für diese schwierigen Aufgaben verbessert werden

könnten. Zu diesem Finanzierungspaket gehört jedoch auch die Aufgabe, die bisherigen finanziellen Sonderleistungen für Übersiedler abzubauen. Bei der Einführung dieser Sonderleistungen wurde vom Status politisch Verfolgter ausgegangen. Heute handelt es sich jedoch um eine aus dem Wirtschaftsgefälle begründete Wanderung. Wenn die fiskalischen Anreize für diese Wirtschaftswanderung nicht abgebaut werden, ergibt sich eine politisch explosive Doppelbelastung der Bundesrepublik: Während die ökonomischen Entwicklungschancen der DDR durch diesen „Aderlaß“ verschlechtert werden und deshalb die Finanzanforderungen ansteigen, kommen in der Bundesrepublik weit über die notwendige Finanzierung hinaus Belastungen zustande, die das gesamte Sanierungsprojekt DDR empfindlich bedrohen können.